

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG)

Im Bundesblatt veröffentlicht am 11.10.2022

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Kanton ▶	BS	PLZ ▶	4001	Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder war das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.	
Politische Gemeinde ▶	Basel				

Nr.	Name/Vornamen <small>eigenhändig und möglichst in Blockschrift!</small>	Geburtsdatum			Wohnadresse <small>Strasse und Hausnummer</small>	Unterschrift <small>eigenhändig</small>	Kontrolle <small>Leerlassen</small>
		Tag	Monat	Jahr			
1		29.02.	1942		Hauptstrasse 23		
2							
3							

Ablauf der Referendumsfrist: 19. Januar 2023.

 Referendumsbogen teilweise oder ganz ausgefüllt bis **spätestens 16. Januar 2023** einsenden an: **CH Digital, 3000 Bern**

Amtliche Bescheinigung: Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnende in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort _____	Eigenhändige Unterschrift _____	Amtsstempel
Datum _____	Amtliche Eigenschaft _____	


PAPIER NICHT ABTRENNEN! SONST UNGÜLTIG!

In der Mitte falten, rundherum mit Klebeband schliessen und bitte sofort kostenlos einsenden. Danke!

Das Parlament will, dass wir auf vielen Webseiten unseren Ausweis zeigen müssen.

Wir sagen NEIN zum Ausweiszwang im Internet

1. Auf sämtlichen Videoplattformen, soll eine Altersverifikation eingeführt werden. Dies ist der Startschuss zum Ausweiszwang im Internet - alles was du dir ansiehst wird damit nachvollziehbar, dein Grundrecht auf Privatsphäre wird erneut ignoriert.

2. In der Konsequenz des Gesetzestextes müssen zur Durchsetzung Netzsperrern eingesetzt werden. Dies ist ein tiefgehender Eingriff in die Architektur des Internets mit potentiell grossen Konsequenzen. Ein solches Vorgehen wurde zuvor auch von Bundesrat und Parlament für politisch und gesellschaftlich nicht akzeptabel befunden.

3. Sämtliche Daten die du zur Altersverifikation angeben musst, darf der Anbieter weiterverwenden. Datenkraken wie Google oder Facebook freuen sich dich noch besser kennenzulernen!

4. Die Idee wäre gewesen, mit diesem Gesetz UI8 bspw. vor Video- Pornografie zu schützen. Doch das funktioniert nicht so einfach, denn: Bilder dürfen weiterhin angeschaut werden. Videos können über P2P-Plattformen oder Chats wie WhatsApp, Telegram weiterhin problemlos ausgetauscht werden.

Ein Referendum kostet auch viel Geld. Bitte unterstütze uns mit einer Spende:


GAS/ECR/ICR

 nicht frankieren
 ne pas affranchir
 non affrancare

 50636023
 000004
DIE POST

 Verwaltung des
 Kantons Basel-Stadt
 und der
 Einwohnergemeinde
 Basel
 Marktplatz 9
 4001 Basel

Twint



Kreditkarte



Oder per Überweisung:

IBAN: CH32 0900 0000 6030 7660 3 Piratenpartei Schweiz, 3000 Bern